"Das Kohlenproblem ist noch nicht gelöst" in Süddeutsche Zeitung (29. September 1958)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August ; RHerausgeber Friedmann, Werner. 29.09.1958, Nr. 233; 14. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"das_kohlenproblem_ist_noch_nicht_gelost"_in_suddeutsche_zeitung_29_september_1958-de-5d5bbea4-e091-4372-9456-d254e02060ff.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Das Kohlenproblem ist noch nicht gelöst

Die Halden wachsen weiter und mit ihnen die Sorgen der Zechen

G. S. Essen (Eigener Bericht) – Die Kohlenhalden haben 10 Mill. t überschritten. Ferner lagern noch bei den Zechen 0,9 Mill. t, die zwar bezahlt aber von den Verbrauchern noch nicht abgenommen worden sind, überwiegend Koks für die Stahlhütten. Rechnet man die Verbraucherbestände von etwa 11 Mill. t hinzu, dann wird deutlich, daß sich die Lage an der Ruhr nicht entspannt sondern verschärft hat. Der Zwang zu immer neuen Feierschichten beweist dies von der Beschäftigungsseite her.

Allerdings haben die Zechen vor kurzem bei der Bundesregierung Verständnis gefunden. Die Anerkennung der Kohle als wichtigster Energieträger kann jedoch kurzfristig nicht helfen. Der Ruhrbergbau versucht deshalb durch die Gewährung von 10% Rabatt auf zusätzliche Abnahmen eine Entlastung zu erzielen. Aber auch von dieser Maßnahme darf man nicht zuviel erwarten. Selbst Optimisten rechnen mit höchstens 2 Mill. t Mehrabsatz, womit nur ein Fünftel der Halden geräumt wäre. Ein *schneller Abbau* wird jedoch immer dringlicher, nicht nur weil die Finanzierung allmählich Sorge bereitet, sondern auch, weil mit der Überfüllung der Zechenplätze entfernte Lagermöglichkeiten mit entsprechend höheren Kosten beansprucht werden müssen. Daher überrascht nicht, daß immer neue Vorschläge zur Beseitigung der Kohlenkrise auftauchen, die im wesentlichen zwei Gesichtspunkte enthalten: *Verbrauchssteigerung* über Preisermäßigungen und *Drosselung* der Einfuhr.

Preisnutzen auch für Kleinverbraucher

Den Kohlenmarkt über *bewegliche Preise* besser in der Hand zu halten, hat u. a. der Hauptgeschäftsführer der Dortmunder Handelskammer, Dr. W. Utermann, angeregt. Deutlicher hat das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften den Nutzen einer Preissenkung betont. Nach seiner Auffassung sollten auch Kleingewerbe und Hausbrand verbilligt kaufen können. Dadurch könne der *Einbruch des Heizöls* weitgehend aufgehalten werden. Ferner wird eine kräftige Senkung der Exportpreise für dritte Länder empfohlen, wobei langfristige Kredite gegeben werden sollten. Die Gewerkschaften denken dabei an Entwicklungsländer und an den Steinkohlenmangel in Mitteldeutschland mit entsprechender Erweiterung des Interzonenabkommens.

Die Ruhrkohlen-*Verkaufsgesellschaften* beurteilen den Wert einer Preissenkung für die Kohlen angesichts der hohen Verbraucherbestände weniger zuversichtlich. Begreiflicherweise schrecken die Zechen auch wegen ihrer angespannten Kostenrechnung vor einem solchen Schritt zurück. Auf dem Inlandsmarkt werden daher von dem begrenzten 10%igen Rabatt abgesehen kaum weitere Verbilligungen zu erwarten sein. Größere Erfolge im Export nach dritten Ländern hängen von einer Kreditstützung der Bundesregierung ab. Aber auch die Hohe Behörde dürfte noch mitsprechen wollen, erst recht bei der Kohleneinfuhr.

Gleitender Einfuhrzoll

Die Annäherung zwischen Bonn und Essen hat sich insbesondere dadurch bestätigt, daß die Bundesregierung eine Genehmigungspflicht für neue Kohlenkontrakte verfügt hat. Auch die Hohe Behörde hat eine Hilfestellung dadurch zugesagt, daß künftig Importkohlen nicht über die anderen Partner der Montanunion in die Bundesrepublik gelangen sollen. Wesentlich weiter geht ein an die Haldenbestände gebundener gleitender Kohleneinfuhrzoll, den Dr. Utermann vorschlägt. Eine Verwirklichung ist jedoch schwierig, da sie sich auf die ganze Montanunion erstrecken müßte. Ob die Hohe Behörde die Anregung aufgreifen wird, ist noch nicht zu erfahren. In jedem Fall wird es bis zu einer Entscheidung noch geraume Zeit dauern.

Verständlicherweise erhoben die *Verbraucher* gegen die Beseitigung einer freizügigen Kohleneinfuhr ernste Bedenken aus der Sorge, daß ein Schutzwall für Kohlen wieder zu den starren Verkaufsmethoden führen könnte. Sie waren in der Vergangenheit oft Anlaß zur Klage, wenn auch in erster Linie dafür die dirigistischen Eingriffe der Hohen Behörde und der Bundesregierung verantwortlich waren. Der Verbraucher will natürlich Kohlen so billig wie möglich erhalten. Er verweist mit Recht darauf, daß in der

Konzeption unserer Marktwirtschaft der freie Wettbewerb der Energien nicht fehlen dürfe. Auch der Ruhrbergbau selbst kann nicht übersehen, daß er sich dem Leistungswettbewerb stellen muß. Ansätze zu einer beweglichen Unternehmungspolitik sind auch bereits zu erkennen.

Ende der starren Verkaufspolitik?

Die neue Kohlenpolitik kann sich jedoch erst nach einer gewissen Anlaufzeit auswirken, zumal da auf der Einfuhrseite noch alte Kontrakte drücken, die bis 1962 für über 40 Mill. t abgeschlossen worden sind. Das Gewerkschaftsinstitut hat deshalb als schneller wirkende Soforthilfe eine Bundesvorratstelle für Kohlen vorgeschlagen, die alle von Übersee kommenden Kohlen am Empfangshafen einlagern sollte. Die Ruhrzechen könnten dann in die Verträge der Importeure an die Verbraucher eintreten und so eine Verringerung der Kohlenhalden erreichen. Die auf Bundeskosten gelagerten Kohlen wären später bei belebter Konjunktur in den Markt zu schleusen. Daß dieser Gedanke nicht auf dem Boden der freien Marktwirtschaft gewachsen ist, zeigt sich zu deutlich, als daß man ihm Chancen geben könnte.

Umweg über das Eisen

Schließlich ist noch die wieder von Dr. Utermann empfohlene Umwandlung der Kohlenhalden in Umschmelzeisen zu erwähnen. Zweifellos werde die Produktion von Umschmelzeisen einen erheblichen Kohlenverbrauch voraussetzen. Die Lagerfähigkeit dieses Eisens ist groß, so daß einer späteren Verwendung nichts im Wege stünde. Wesentlich schwieriger ist jedoch die Regelung der Kostenfrage. Für die Durchführung dieses Planes wäre die Stahlindustrie bei der gegenwärtigen Absatzstille aus eigener Finanzkraft nicht in der Lage.

Allen Anzeichen nach wird daher das Ende der Kohlenkrise noch auf sich warten lassen. Die Stahlindustrie als der Hauptkunde dürfte in den nächsten Monaten ihre Bestellungen eher verringern. Der Hausbrand hat sich in den Sommermonaten unter Ausnutzung der Rabatte schon weitgehend eingedeckt, eine frühzeitige Heizungsperiode scheint nicht zu kommen. Außerdem kann das strukturell bedingte Vordringen des Heizöls nicht mehr rückgängig gemacht werden. Eine verstärkte *Eigenleistung der Zechen* auf technischem und kaufmännischem Gebiet muß daher bei allen Überlegungen den Vorrang haben.